



**Stadt Marktheidenfeld**

## **NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE 05. SITZUNG DES STADTRATES**

---

|                |                                      |
|----------------|--------------------------------------|
| Sitzungsdatum: | Donnerstag, 14.03.2019               |
| Beginn:        | 19:30 Uhr                            |
| Ende:          | 20:55 Uhr                            |
| Ort:           | im großen Sitzungssaal des Rathauses |

---

### **ANWESENHEITSLISTE**

#### **Erste Bürgermeisterin**

Schmidt-Neder, Helga

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Adam, Helmut  
Bernstein, Tobias  
Braun, Reinhold  
Buczko, Ragnhild  
Carl, Michael  
Feder, Klaus  
Gillmann-Bils, Bärbel  
Haag, Ruth  
Hamberger, Andrea  
Harth, Martin 2. Bürgermeister  
Hörnig, Joachim 3. Bürgermeister  
Hörnig, Wolfgang  
Keller, Ludwig  
Menig, Christian  
Menig, Hermann  
Müller, Michael  
Oswald, Richard  
Otter, Barbara  
Reidelbach, Werner  
Riedmann, Susanne  
Schneider, Renate  
Wagner, Burkhard

#### **Schriftführer/in**

Laumeister, Sabine

### **Verwaltung**

Brand, Christian  
Chesauan, Alexander  
Hartmann, Barbara  
Herrmann, Christina

### **Abwesende und entschuldigte Personen:**

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Gerberich, Martin  
Rauh, Gerd

## TAGESORDNUNG

### Öffentliche Sitzung

- 55 Informationen**
- 55.1 Absetzen des Tagesordnungspunktes "Car-Sharing"**
- 55.2 Termine**
- 55.3 Tierheim Lohr - Übergabe Unterschriften**
- 55.4 Sanierung Baumhofstraße, Bauabschnitte II und III**
- 56 Vergaben** **2019/0675**  
Beschlussfassung
- 57 Investitionen im Freibad** **2019/0686**  
Beschlussfassung
- 58 Car-Sharing-Projekt für Marktheidenfeld** **2019/0660**  
Beschlussfassung
- 59 Antrag der FW-Fraktion - Änderung der gebührenpflichtigen Parkflächen in der Luitpoldstraße** **2019/0690**  
Beschlussfassung
- 60 Antrag der CSU-Fraktion - Vorplanungen zur Ausweisung eines Wohnbaugebietes im Stadtteil Marienbrunn** **2019/0691**  
Beschlussfassung
- 61 Anfragen**
- 61.1 Grüner Markt**
- 61.2 Grüngut-Container**
- 61.3 Autobahnüberführung Altfeld/Michelrieth**
- 61.4 Kreisverkehr Firma Cummins**
- 61.5 Städtische Werbeflächen**
- 61.6 Fahrbahnmarkierungen und Beschilderung am Dillberg**
- 61.7 Sonderrücklage Nachnutzung Krankenhaus**

Erste Bürgermeisterin Helga Schmidt-Neder eröffnet um 19:30 Uhr die öffentliche 05. Sitzung des Stadtrates. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest.

Während der Sitzung werden auf Nachfrage der Vorsitzenden gegen die nachstehenden Niederschriften keine Einwendungen erhoben. Die Vorsitzende stellt daraufhin fest, dass diese demnach genehmigt sind.

- 03. Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 21.02.2019
- 04. Sitzung des Stadtrats am 21.02.2019

## ÖFFENTLICHE SITZUNG

### **55 Informationen**

#### **55.1 Absetzen des Tagesordnungspunktes "Car-Sharing"**

Aufgrund eines Antrags der Fraktion der Freien Wähler wird die Behandlung des Tagesordnungspunktes „Car-Sharing-Projekt für Marktheidenfeld“ von der Tagesordnung abgesetzt. Das Gremium ist mit der Vorgehensweise einverstanden.

#### **55.2 Termine**

- |        |                                                                                                                      |
|--------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 15.03. | Spatenstich für das neue Feuerwehrgerätehaus, 15.00 Uhr                                                              |
| 30.03. | Großes Akkordeonkonzert mit dem Akkordeonorchester Marktheidenfeld und dem Akkordeonorchester G. Rossini aus Italien |

#### **55.3 Tierheim Lohr - Übergabe Unterschriften**

Die Vorsitzende berichtet, heute sei eine Liste mit 673 Unterstützungsunterschriften, darunter 81 von Bürgern aus dem Umland, an die Stadt übergeben worden. Die Unterzeichner protestieren gegen den Beschluss des Stadtrats, einen zusätzlichen Investitionskostenzuschuss an das Tierheim Lohr zu zahlen. Der Übergabetermin sei nicht mit dem Sekretariat abgesprochen gewesen, daher hätte der stellvertretende geschäftsleitende Beamte, Herr Christian Brand, die Listen entgegengenommen.

#### **55.4 Sanierung Baumhofstraße, Bauabschnitte II und III**

Bauamtsleiter Chesauan berichtet, bei Abnahme des Bauabschnittes II in der Baumhofstraße seien Unebenheiten festgestellt worden. Diese Rillen lägen innerhalb der Toleranzgrenzen. Dennoch sei die ausführende Baufirma mit einem Nachlass in Höhe von 10.785,00 € auf die Schlussrechnung einverstanden. Die Gewährleistung sei durch die festgestellten Mängel nicht betroffen. Eine eventuell jetzt vorzunehmende Korrektur, er nennt hier das Abfräsen des Oberbelages, führe zu keiner Verbesserung, stellt Bauamtsleiter Chesauan weiter fest.

Verschiedene Stadträte zeigen ihren Unmut über die schlechte Arbeit der Firma. Es wird auch auf die Möglichkeit des Aquaplaning hingewiesen.

Fraktionsvorsitzender Hermann Menig fragt nach der Ursache der Rillen. Die Ursache liege im Oberbau des Straßenaufbaus. Der Unterbau sei nicht betroffen, erläutert Herr Chesauan.

Um die Fragen des Gremiums fachlich fundiert zu beantworten, kündigt die Vorsitzende an, Herrn Schebler vom Büro BRS für eine kommende Sitzung einzuladen.

Stadtrat Keller bedankt sich bei den aufmerksamen Bürgern, die Hinweise auf mögliche Schäden an die Verwaltung gemeldet hätten.

Hinsichtlich des Bauabschnitts III der Sanierung der Baumhofstraße erläutert Bauamtsleiter Chesauan anhand eines aktuellen Bauzeitenplans die Verzögerungen. Der Bauabschnitt III wird vermutlich erst Ende November 2019 abgeschlossen werden können.

## **56 Vergaben**

### **Beschluss:**

**Der Stadtrat beschließt die nachstehende in der vorangegangenen nichtöffentlichen Sitzung erläuterte Vergabe:**

**Grundschule Marktheidenfeld, Bestandsgebäude**

- **Planung von Elektroinstallationsarbeiten (Netzwerk, Infrastruktur)**  
**Beauftragung der Leistungsphasen 5-9 nach HOAI**  
**Planungsbüro Schätzlein, Uettingen**

**einstimmig beschlossen    Ja 23    Nein 0**

## **57 Investitionen im Freibad**

Nach dem Ausfall der Calciumhypochloritbereitungsanlage für das Freibad im Wonnemar stellt die Firma InterSPA den Antrag auf Übernahme der Kosten für diese Anlage.

Ein Angebot der Firma Aquatec in Höhe von 23.978,50 Euro zum Erwerb und zur Montage einer solchen Anlage wurde der Verwaltung vorgelegt.

Wie schon beim Beschluss am 07.02.2019 erläutert, sind auch diese Ausgaben nicht in den Haushalt der Stadt Marktheidenfeld aufgenommen. Es bedeutet wiederum eine außerplanmäßige Ausgabe im Haushalt 2019.

Auf Rückfrage von Stadtrat Braun stellt Kämmerin Herrmann klar, die bisher genutzte Anlage sei nicht mehr reparaturfähig.

Stadtrat Wolfgang Hörnig stellt mit Blick auf das vorgelegte Angebot der Firma Aquatec vom 26.02.2019, klar, es missfalle ihm, dass in der Besprechung mit InterSPA am Abend des gleichen Tages nichts über die anstehende erhebliche Reparatur der Anlage erwähnt wurde.

2. Bürgermeister Harth zeigt sich nicht einverstanden mit der Aussage, die Stadt sei Eigentümer des Freibads und daher zu einer Reparaturkostenübernahme verpflichtet. Dies sei rechtlich zu klären. Der Kostenübernahme der jetzigen Reparatur werde er zustimmen, um den Betrieb des Freibads nicht zu gefährden.

Um Vergleichsmöglichkeiten zu haben, bittet Stadtrat Adam künftig um Anfragen zur Angebotsabgabe bei weiteren Firmen.

Stadträtin Gillmann-Bils wirft ein, ein solcher Mangel einer Anlage hätte bei einer sorgsamten Wartung frühzeitig erkannt werden müssen.

### **Beschluss:**

**Die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 23.978,50 Euro für den Erwerb und die Montage einer neuen Calciumhypochloritbereitungsanlage für das Freibad wird in den Haushalt 2019 aufgenommen.**

**einstimmig beschlossen    Ja 23    Nein 0**

## **58      Car-Sharing-Projekt für Marktheidenfeld**

**zurückgestellt**

## **59      Antrag der FW-Fraktion - Änderung der gebührenpflichtigen Parkflächen in der Luitpoldstraße**

Fraktionsvorsitzender Burkhard Wagner verliest den Antrag der Fraktion der Freien Wähler vom 05.03.2019 und begründet diesen:

„Die Fraktion der Freien Wähler stellt nachfolgenden Antrag:  
der Stadtrat möge beschließen, dass die zwölf gebührenpflichtigen Parkplätze entlang der Luitpoldstraße zu gebührenfreien Parkplätzen mit Parkscheibenregelung umgewidmet werden. Diese Umwidmung soll mit der Schließung der Verkaufsräume im Gebäude der Firma Udo Lermann an der Luitpoldstraße in Kraft treten.

**Begründung:**

Wie derzeit bekannt ist, wird das Unternehmen Udo Lermann seine Verkaufsräume an der Luitpoldstraße schließen und die Geschäftstätigkeit in diesem Gebäude aufgeben. Wir bedauern das sehr.

Durch diese veränderte Situation sehen wir deshalb keine Notwendigkeit mehr, die bisher gebührenpflichtig bewirtschafteten Parkplätze auch weiterhin so zu betreiben. Die bisherige Gebührenpflicht sollte eine kurze Parkdauer, einhergehend mit einer hohen Fluktuation und Nutzungsfrequenz, sicherstellen.

Durch die Umwidmung der genannten Stellplätze in Parkflächen mit Parkscheibenregelung sehen wir die Möglichkeit, weitere gebührenfreie Parkmöglichkeiten in der Innenstadt vorzuhalten. Damit wollen wir einen Besuch der Stadtmitte mit ihren Geschäften, Dienstleistern und sozialen Einrichtungen sowie deren Erreichbarkeit noch weiter verbessern.

Am Adenauerplatz sowie im weiteren Verlauf der Luitpoldstraße in Richtung Alte Mainbrücke, in der Bronnbacher, Kolping- sowie der Petzoltstraße ist dies bereits gängige Praxis.

Wir erachten es als sinnvoll, dass die Parkscheibenpflicht von Montag bis Freitag in der Zeit von 08.00 Uhr bis 19.00 Uhr sowie an Samstagen von 08.00 Uhr bis 14.00 Uhr ausgesprochen wird. An Sonn- und Feiertagen greift diese Anordnung selbstverständlich nicht.

Als zulässige Parkdauer schlagen wir eine zeitliche Beschränkung von einer Stunde vor.“

Fraktionsvorsitzender Hermann Menig kann dem Antrag der Freien Wähler zustimmen und regt an, in diesem Zuge auch die 14 derzeit gebührenpflichtigen Parkplätze in der Würzburger Straße einzubeziehen. In der Würzburger Straße könne er sich eine Parkzeit von zwei Stunden vorstellen. Er gibt jedoch auch zu bedenken, dass Parkscheiben einfach „weiter zu drehen“ seien.

Auch Fraktionsvorsitzender Christian Menig signalisiert Zustimmung zum Antrag. Er fragt an, ob bekannt sei, was der Betrieb der Parkautomaten koste und welche Gebühreneinnahmen erbracht wurden.

Die Vorsitzende erläutert, die betreffenden zwölf Parkflächen in der Luitpoldstraße hätten in den Jahren 2016 bis 2018 rund 6.500 € Gebühren eingebracht. Die Wartungskosten betrugen rund 1.625 € im Jahr. Somit sei ein geringer finanzieller Ertrag zu verzeichnen gewesen.

2. Bürgermeister Harth stellt fest, die Beträge seien vernachlässigbar. Insgesamt sei der Aufwand des Betriebes der Automaten höher als der Nutzen einbringe. Seiner Meinung nach könnten die Automaten abgebaut werden.

### **Beschluss:**

**Die zwölf gebührenpflichtigen Parkplätze entlang der Luitpoldstraße werden zu gebührenfreien Parkplätzen mit Parkscheibenregelung von einer Stunde, die 14 gebührenpflichtigen Parkplätze in der Würzburger Straße zu gebührenfreien Parkplätzen mit Parkscheibenregelung von zwei Stunden, jeweils in der Zeit von Montag bis Freitag in der Zeit von 08.00 bis 19.00 Uhr sowie am Samstag von 08.00 bis 14.00 Uhr. An Sonn- und Feiertagen greift diese Anordnung nicht. Diese Änderung soll mit der Schließung der Verkaufsräume im Gebäude der Firma Udo Lermann an der Luitpoldstraße in Kraft treten.**

**einstimmig beschlossen    Ja 23    Nein 0**

|           |                                                                                                             |
|-----------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>60</b> | <b>Antrag der CSU-Fraktion - Vorplanungen zur Ausweisung eines Wohnbaugebietes im Stadtteil Marienbrunn</b> |
|-----------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Fraktionsvorsitzender Christian Menig verliest und begründet den Antrag der CSU-Fraktion vom 04.03.2019 wie folgt:

„Wie bereits in den Haushaltsreden 2017 und 2018 angesprochen und schon in mittelfristigen Finanzplanungen bzw. in Sitzungen des Finanzausschusses angedacht, bitten wir nun tatsächlich mit Vorplanungen zur Ausweisung eines Wohnbaugebietes im Stadtteil Marienbrunn in Verlängerung der Tannackerstraße/An den Eichen zu beginnen.

Wir bitten den Stadtrat zu beschließen:

Die Bauverwaltung möge ein leistungsfähiges Planungsbüro finden, welches der Stadtrat im zweiten Quartal 2019 beauftragen kann, Planungs- und Umsetzungsvarianten auszuarbeiten. Anzahl und Größe der Bauplätze müssen frühzeitig und bedarfsgerecht festgelegt werden.

Schon danach soll das entstehende Baugebiet offensiv beworben werden und eine Bewerberliste für potentielle Bauinteressen aufgelegt werden.

Ziel muss es sein, im Jahr 2020 mit der baulichen Erschließung zu beginnen!

Begründung:  
Bauplätze werden dringend benötigt!

Die mögliche Bebauungsfläche ist bereits im Besitz der Stadt Marktheidenfeld, daher könnte ohne weiteren Grunderwerb mit der Maßnahme begonnen werden.

Für 2020 könnten dann Mittel im städtischen Haushalt vorgesehen und mit einer Umsetzung begonnen werden.

Es fordert aber bereits weit vor der Erschließung Entscheidungen, die schon jetzt zeitnah getroffen werden müssen, als Stichwort sei hier nur die Energieversorgung genannt.

Das wirkt sich dann auch auf die Erschließungskosten aus und muss zu einem Großteil umgelegt werden. Stadtrat und Stadtverwaltung müssen gemeinsam mit dem Planungsbüro hier Fakten und Zahlen ermitteln und Interessenten davon frühzeitig in Kenntnis setzen.

Gerade in einem Stadtteil dürften Bauplätze hoffentlich günstiger anzubieten sein als in der Kernstadt und gerade auch für junge Familien attraktiv und bezahlbar bzw. finanzierbar sein.

Viele Menschen, die in Marktheidenfeld oder einem anderen Stadtteil ihren Arbeitsplatz haben, könnten sich hier eine private Existenz vor Ort aufbauen.

Über eine Unterstützung des Antrags durch das Gremium würden wir uns, sicher auch im Namen potentieller Interessenten, sehr freuen.“

Fraktionsvorsitzender Christian Menig führt weiter aus, die Ausweisung eines neuen Wohnbaugebietes sei sicherlich konträr zu der gewünschten Belebung des Altortes zu sehen. Dennoch würden Vorarbeiten zur Ausweisung eines Baugebietes geraume Zeit in Anspruch nehmen. Er erinnert an das Wohnbaugebiet „Märzfeld“ im Stadtteil Altfeld, welches bereits vor 1-2 Jahren beschlossen wurde und noch nicht erschlossen sei sowie an das kleinere Wohnbaugebiet im Stadtteil Oberwittbach, welches zwischenzeitlich vollständig bebaut bzw. verkauft sei. Ziel solle es sein, das Gebiet bis 2020 zu erschließen.

Fraktionsvorsitzender Burkhard Wagner stellt klar, dass für das betreffende Areal ein gültiger Flächennutzungsplan vorliege. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass die Ausweisung weiterer Bauplätze in diesem Areal die Errichtung einer Erschließungsstraße erforderlich mache, da die derzeitigen Zufahrten eine stärkere Verkehrsbelastung nicht tragen könnten. Er verweist weiter auf das gültige Gemeindeentwicklungskonzept (GEK), welchem das Amt für ländliche Entwicklung (ALE) zugestimmt habe und welches insbesondere die Verdichtung des Ortskerns vorsehe. Aktuell seien in Marienbrunn noch 16 Bauplätze mit Baurecht vorhanden. Fraktionsvorsitzender Wagner erinnert weiter an den regelmäßig durch Stadtrat Gerberich vorgebrachten Einwand, man nehme reines Ackerland aus der Bewirtschaftung. Dies sei auch für die genannten Flächen zutreffend und daher ebenfalls zu würdigen.

Fraktionsvorsitzender Hermann Menig erläutert, er könne dem Antrag zustimmen. Dennoch mahnt er an, die Ausweisung eines neuen Wohngebietes spreche gegen eine Belebung des Altortes.

Stadtrat Adam stellt klar, die Stadt habe die Flächen nicht umsonst erworben, sondern mit der Maßgabe, diese Flächen in Bauplätze zu verwandeln. Er erinnert weiter daran, dass im Stadtteil Altfeld in der „Söllershöhe“ mehr als 1.000 Arbeitsplätze entstehen sollen und diese Arbeitnehmer auch irgendwo wohnen müssen. Die Nachfrage steige mit dem Angebot, hält er weiter fest. Seiner Meinung nach werden aktuell mehr Leerstände befürchtet als tatsächlich vorhanden sein.

Stadtrat Keller hält fest, eine Entscheidung falle ihm nicht leicht. Der Flächenverbrauch sei nicht

zu vernachlässigen. Es solle Ackerland in Bauland verwandelt werden, zumal noch unbebaute Grundstücke vorhanden seien. Der tatsächliche Bedarf stehe ebenfalls nicht fest. Weiter erinnert er an das Baugebiet „Ziegeleigelände“ und fragt nach dem Sachstand. Bauamtsleiter Chesauan gibt Auskunft, es sei in ca. zwei Monaten mit einer Beschlussvorlage bezüglich der Tiefbauerschließung des Ziegeleigeländes zu rechnen.

Stadträtin Hamberger kündigt an, dem Antrag der Fraktion der CSU nicht zustimmen zu wollen. Zunächst seien erst fünf Anfragen für das Gebiet „Märzfeld“ bekannt – bei 40 geplanten Bauplätzen. Eine Beschlussfassung für ein neues Wohnbaugebiet richte sich gegen das beschlossene GEK, welches beinhalte, dass „weitere Bauflächenausweisungen nach Möglichkeit vermieden werden sollten“. Das GEK sehe außerdem eine Leerstandserfassung bzw. ein Leerstandskataster vor, stellt sie weiter klar und fragt an, ob diese Erfassung bereits erledigt sei.

Die Vorsitzende erläutert, warum sie dem Antrag nicht zustimmen könne. Die Erstellung von Flächennutzungsplänen sei eine kluge und zukunftsweisende Entscheidung gewesen. Aktuell sei dies im Genehmigungsverfahren weitaus schwieriger. Die bereits festgelegten Flächen würden es der Stadt ermöglichen, bei Bedarf einen Bebauungsplan aufzustellen. Diesen Bedarf sehe sie aktuell in Marienbrunn nicht. Bei den Entscheidungen für die Ausweisung eines „dörflichen Mischgebietes“ in Oberwittbach, des Gewerbegebietes „Söllershöhe“ und des Baugebietes „Märzfeld“ lägen die Argumente „klar auf der Hand“. Sie nennt hier die Nachfrage nach Bauplätzen mit der Möglichkeit zur Kleintierhaltung, das Angebot weiterer Gewerbeflächen vorzuhalten und die Ausweisung von Bauplätzen für die steigende Anzahl von Arbeitsplätzen und damit Arbeitnehmern in Altfeld.

2. Bürgermeister Harth wirft ein, das Problem der Leerstände stelle sich für viele Ortsteile. Auch Stadträtin Buczko habe jüngst für Zimmern auf das gleiche Problem hingewiesen. Die aktuelle Landnahme sei enorm.

Frau Hartmann erläutert anhand einer Karte die Fläche eines möglichen Wohnbaugebietes sowie den Verlauf der möglichen Erschließungsstraße und zeigt anhand von Beispielen bereits erschlossene aber noch nicht bebaute Grundstücke.

Eine rege Diskussion schließt sich an. Das Gremium erörtert insbesondere, ob eine Vorplanung sinnvoll sei, wenn lediglich zwei Bauinteressenten bekannt seien. Es sei nicht ratsam, mit Vorplanungen zu beginnen, wenn nicht absehbar sei, dass die Flächen innerhalb von zehn Jahren verkauft werden können. Es wird nochmals auf die Erfordernis einer Erschließungsstraße eingegangen sowie auf die aktuellen Erschließungsplanungen bezüglich der Wohnbaugebiete in Altfeld und am Ziegeleigelände. Weiter wird festgehalten, dass sich der Antrag der CSU-Fraktion lediglich auf die Vorplanungen beziehe, nicht jedoch die Umsetzung dieser Vorplanung zum Gegenstand habe. Die zu überplanende Fläche in Marienbrunn könne zu maximal zehn Bauplätzen führen. Für die beiden bekannten Interessenten sollten sich Möglichkeiten im Rahmen der 16 bereits baurechtlich erschlossenen Flächen ergeben. Man müsse die Planung jedoch nicht umsetzen, wenn sich herausstelle, dass die Bauplätze nicht benötigt würden oder die Erschließung sich nicht mit den Zielen des GEK vereinbaren lasse.

### **Beschluss:**

**Es soll mit Vorplanungen zur Ausweisung eines Wohnbaugebietes im Stadtteil Marienbrunn in Verlängerung der Tannäckerstraße/An den Eichen begonnen werden. Dafür soll ein leistungsfähiges Planungsbüro gefunden werden, um die entsprechenden Planungs- und Umsetzungsvarianten auszuarbeiten. Der Auftrag soll im zweiten Quartal 2019 vergeben werden.**

**mehrheitlich beschlossen Ja 15 Nein 8**

## **61      Anfragen**

### **61.1    Grüner Markt**

Stadtrat Wolfgang Hörnig erinnert an die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Stadtmarketing, Tourismus und Kultur am 12.03.2019 und hält fest, er habe diesbezüglich die Gemeindeordnung dahingehend gelesen. Ein „runder Tisch“ sei kein beschließendes Gremium. Eine örtliche Verlegung des „Grünen Marktes“ hätte seiner Meinung nach mindestens durch den Ausschuss beschlossen werden müssen, eventuell sogar durch das Gesamtgremium.

Die Erste Bürgermeisterin hält fest, es sei das Bestreben von Frau Albert als Leitung der Abteilung Stadtmarketing, Tourismus und Kultur, neue Marktbestücker zu finden. Aus diesen Gründen hätte sie den Kontakt zu den jetzigen Marktkaufleuten gesucht. Die jetzigen Marktkaufleute hätten in Gesprächen mit Frau Albert signalisiert, dass bei einer Standortverlegung aufgrund von Veranstaltungen vom Marktplatz auf den Bronnbacher Platz bessere Geschäfte zu erzielen seien. Man habe daher entschieden, den „Grünen Markt“ vorläufig für ein Jahr auf den Bronnbacher Platz zu verlegen, um weitere Erfahrungen zu sammeln.

Den Stadträten stünde es jedoch frei, einen Antrag auf Verbleib des „Grünen Marktes“ auf dem Marktplatz zu stellen, hält die Vorsitzende abschließend fest.

Im weiteren Verlauf der Sitzung greifen mehrere Stadträte das Thema erneut auf. Auch Stadtrat Keller ist der Meinung, für eine dauerhafte Verlegung sei eine Beschlussfassung des Gremiums erforderlich. Stadträtin Gillmann-Bils stellt klar, dass die Marktkaufleute selbst die Verlegung des Marktes angeraten haben. Sie befürchtet, auch diese Marktbestücker könnten sich zurückziehen, sollte durch das Gremium ein Verbleib auf dem Marktplatz beschlossen werden.

### **61.2    Grüngut-Container**

Stadtrat Adam erinnert an die Aufstellung eines Grüngut-Containers im Rahmen eines Politprojektes des Landkreises im vergangenen Jahr. Eine Auswertung der Nutzung sei zugesagt worden.

Die Vorsitzende berichtet, das Landratsamt habe die Übermittlung der Ergebnisse zugesagt, bislang jedoch noch keinerlei Informationen diesbezüglich überlassen. Sie sagt zu, man werde erneut beim Landratsamt nachfragen.

### **61.3    Autobahnüberführung Altfeld/Michelrieth**

Die Autobahnüberführung zwischen Altfeld und Michelrieth sei zwischenzeitlich fertig gestellt, hält Stadtrat Adam fest. Es sei zugesagt worden, einen Leitplankendurchbruch vorzunehmen, um Fußgängern das Wechseln der Straßenseiten zu ermöglichen. Bislang sei jedoch noch nichts geschehen.

Bauamtsleiter Chesauan erläutert, ihm liege ein Schreiben der zuständigen Firma vor. Die Angelegenheit sei in Bearbeitung und werde demnächst erledigt. Ein genauer Zeitpunkt sei aber nicht bekannt.

### **61.4    Kreisverkehr Firma Cummins**

Stadtrat Adam erinnert an die Umgestaltung des Kreisverkehrs bei der Firma Cummins. Die Vorsitzende habe zugesagt, mit dem Geschäftsleiter der Firma Kontakt aufzunehmen. Die Vorsitzende sagt zu, nochmals nachzuhaken.

## **61.5 Städtische Werbeflächen**

Stadtrat Adam bemängelt die Nutzung der städtischen Werbeflächen durch ortsferne Organisationen, wie beispielsweise für die Messe in Gemünden.  
Die Bürgermeisterin sagt zu, dem Hinweis nachzugehen.

## **61.6 Fahrbahnmarkierungen und Beschilderung am Dillberg**

Stadtrat Hermann Menig bittet um Prüfung der Beschilderung und der Fahrbahnmarkierungen am Dillberg, insbesondere an der Einmündung Richtung Fa. Fiebig & Schillings und bei der Gärtnerei Hamberger.

Die Arbeiten sind witterungsabhängig, stellt die Vorsitzende klar. Die Verwaltung wird dem Hinweis aber nachgehen, so Frau Schmidt-Neder.

## **61.7 Sonderrücklage Nachnutzung Krankenhaus**

Stadtrat Keller bittet um Erläuterung, ob der unter dem Begriff „Sonderrücklage Krankenhaus“ in den Haushalt 2017 eingestellte Betrag von 500.000 € noch verfügbar sei.

Die Vorsitzende stellt klar, dass dieser als „Sonderrücklage“ bezeichnete Betrag für das Haushaltsjahr 2017 eingestellt gewesen sei. Eine automatische Aufnahme in die folgende Haushalte sei seinerzeit nicht beantragt gewesen. Zudem hätte die Rechtsaufsicht bei Genehmigung des Haushaltes für das Jahr 2017 diese Position kritisch gesehen. Begründet war die Aufnahme des Haushaltsansatzes mit der möglichen Beauftragung eines zusätzlichen Nutzungskonzeptes, welches nach Auffassung des Landratsamtes jedoch nicht Aufgabe der Stadt, sondern des Landkreises sei.

Fraktionsvorsitzender Christian Menig zeigt sich überrascht, dass die Sonderrücklage nicht mehr im Haushalt aufgeführt werde. Er sei besorgt, dass man nun nicht zeitnah reagieren könne, sollte dies erforderlich sein.

Seit dem Haushaltsjahr 2018 wird die Position nicht mehr aufgeführt, erläutert Kämmerin Herrmann. Allerdings habe die Stadt noch immer größere Rücklagen, ergänzt sie weiter. Sollte eine zeitnahe Reaktion notwendig sein, könne jederzeit durch Beschluss des Stadtrats ein entsprechender Betrag hierfür eingesetzt werden.

Stadtrat Adam stellt fest, dass künftig jährlich über die eingestellten Rücklagen beschlossen werden müsse, da er davon ausgegangen sei, eine einmal beschlossene Rücklage bliebe so lange im Haushalt aufgeführt, bis beschlossen werde, diese herauszunehmen oder zu nutzen.

Erste Bürgermeisterin Helga Schmidt-Neder schließt um 20:55 Uhr die öffentliche 05. Sitzung des Stadtrates.

Helga Schmidt-Neder  
Erste Bürgermeisterin

Sabine Laumeister  
Schriftführer/in